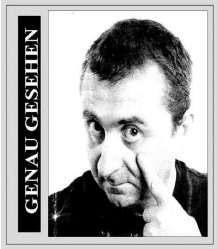
ANGEMERKT

Meinungen zur Zeit & Geschichte

Nr. 19 / April 2017

In dieser Ausgabe

Wieder nur Erinnerung im Zeitgeist?
VVN-BdA ERKLÄRUNG zum Gedenkort Kaßberg- Gefängnis /
Forschungsergebnisse zu KZ Außenlagern



Muss die aufrichtige Erinnerung nun einem neuen unverschämten Zeitgeist weichen?

Gedenken am Mahnmal Am Hutholz

In diesem Jahr gedachten wieder Einwohner von Neukirchen, Chemnitz und Antifaschisten aus der Region an dieser Stelle. Auch erinnert wurde an die anderen zahlreichen Opfer des Faschismus aus dem Kriegsgefangenenlager und an die in der Rüstungsindustrie gnadenlos Ausgebeuteten. **(Siehe Seiten 2 - 5)**

Vom Gedenken für die sieben ehemaligen Kaßberg- Gefangenen, die 1945 am Hutholz ermordet wurden, war in den Medien kein Wort zu vernehmen und keine Zeile zu lesen. Dafür wieder und wieder von denen, die in DDR- Zeit der Kaßberg, wie sie sagen, das Tor zur Freiheit war.

VVN/BdA Chemnitz Rosenplatz 4
09126 Chemnitz

Pressemitteilung zur Eröffnung der Gedenkstatte Kaßberg-Gefängnis

VVN-BdA

Erklärung

des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes – BdA Chemnitz anlässlich der Eröffnung des Gedenkorts am Kaßberg- Gefängnis Chemnitz, durch den Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis, den Vorsitzenden Herrn Jürgen Renz, Staatssekretär Uwe Gaul, MdL Hanka Kliese und MdL Volkmar Zschocke.

Werter Herr Renz, werte Frau Kliese und werter Herr Zschocke,

so sehr wir bisher die Entstehung einer würdigen Erinnerungsstätte am historischen Ort, der einstigen Haftanstalt auf dem Kaßberg durchaus, auch gegen harsche Kritik aus den eigenen Reihen, begrüßt haben, protestieren wir nun um so deutlicher gegen den Tenor unter dem die Einweihungszeremonie stattfinden soll und werden selbst daran nicht teilnehmen!

Ihre Einladung in der Sie die Zeit des Nationalsozialismus - des deutschen Faschismus, der unmittelbaren Zeit nach Ende des 2. Weltkrieges, die Zeit der sowjetischen Verwaltung und die Zeit von 1949 bis 1989 gleichsetzen, ist gelinde gesagt unzumutbar.

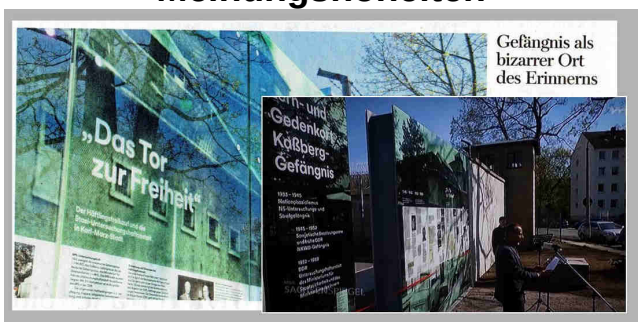
Sie formulieren es natürlich umschweifig, doch Ihre Aussage bleibt eindeutig: „Das Kaßberg-Gefängnis fungierte im Nationalsozialismus als ein zentraler Tatort der Verfolgung und Unterdrückung politisch Andersdenkender und aus rassenideologischen Gründen missliebiger Personen. Auch in der Zeit der sowjetischen Besatzungsherrschaft und während der SED-Diktatur wurden politische Gegner auf dem Kaßberg inhaftiert. Für sie alle stellte die Haftanstalt das »Tor zur Hölle« dar.“ **Es offenbaren sich Ihre Sichtweisen auf die Geschichte und Ihre ideologische Ausrichtung, die, so bleibt eben leider zu vermuten, nicht zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beitragen wird, schon gar nicht zu einer objektiven und gerechten Darstellung der historischen Geschehnisse. Offensichtlich wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass es eben einen Unterschied gibt zwischen den Epochen unserer jüngsten Geschichte, setzen**

gleich, was nicht gleichzusetzen ist! Der Weg für die Inhaftierten der Jahre 1933 bis 1945 führte für eine erhebliche Zahl, wie Sie es meinen in die Hölle – was für ein mystischer Begriff!

Er führte oft genug von Gefängnis zu Gefängnis, zur Geheimen Staatspolizei wenige Minuten zu Fuß in unmittelbarer Nachbarschaft, ins Zuchthaus, ins Konzentrationslager, ins Vernichtungslager oder eben direkt in den Tod! Und dies bis zur Befreiung unserer Heimat. Erst nach dem 8. Mai 1945 war der Terror beendet. Noch im März 1945 bei der Bombardierung unserer Heimatstadt wurde das Gefängnis getroffen und während es brannte, mussten die Gefangenen im Haus verbleiben, wurden am 27. März 1945 am Hutholz Gefangene ermordet.

Bis zum heutigen Tag sind die Namen der Inhaftierten Verfolgten des Naziregimes nicht vollständig ermittelt, geschweige denn ihre Schicksale und Lebenswege. Vergleicht man tatsächlich die Biographien der unterschiedlichen Zeiten und das was geschehen ist, wird Ihre Ansicht nicht bestätigt und bleibt Propaganda für politische Zwecke!

Politische Propaganda der Meinungshoheiten



Fotos aus MDR Sachsenspiegel und Freie Presse

Nach zwölf Jahren Herrschaft der NSDAP, unterstützt von der Wirtschaft und einem erheblichen Teil des deutschen Volkes, waren Millionen von Toten zu beklagen, lagen Europa, ein Teil Asiens und Afrikas in Trümmern, zogen ungezählte Heimatlose durch die Länder, Städte und Dörfer und Sie setzen diese Zeit gleich mit dem was danach kam?!

Ja, wir bleiben bei unserer Ansicht zur Einschätzung der Geschichte; für uns gibt es kein fremdes Leid, wem Unrecht widerfahren ist, steht Gerechtigkeit zu. Wo es Verbrechen gab müssen sie aufgeklärt und die Verbrecher bestraft werden. Wo es droht, dass das Geschehene in Vergessenheit gerät, braucht es eine Erinnerung.

Wenn wir aber die Geschichte unter dem Deckmantel des Totalitarismus gleichsetzen, werden wir weder den Opfern gerecht, noch gelangen wir auf die Spur der Täter oder könnten unser Wissen für eine bessere, gerechte, sozialere und friedlichere Gegenwart und Zukunft nutzen.

Chemnitz, 24. April 2017
Enrico Hilbert im Auftrag des Vorstandes

SCHWERPUNKT ZEITGENÖSSIGER ERINNERUNG

DDR-GESCHICHTE

Spurensuche in einstigem Gefängnis

KASSBERG – Mit einer Exkursion zum früheren Kaßberggefängnis setzt die in Berlin ansässige Deutsche Gesellschaft morgen ihr zweijährigen Modellprojekt „Schüler auf Spurensuche – DDR vor Ort" fort. Ein ehemaliger Gefangener der einst dort untergebrachten Untersuchungshaftanstalt der Stasi wird den Jugendlichen über seine Erfahrungen berichten. Zuvor ist ein Seminar zur Geschichte der DDR an der Annenschule geplant. Die Deutsche Gesellschaft wurde 1990 mit dem Ziel gegründet, die Teilung Deutschlands zu überwinden, das Miteinander in Deutschland und Europa zu fördern sowie Vorurteile abzubauen. Das aktuelle Schüler-Projekt wird gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundeszentrale für politische Bildung. (micm)

UNTERLAGEN-BEHÖRDE

Einblick in die Stasi-Archive

MORGEN – Zum Rundgang durch das Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz wird morgen um 17 Uhr in die Einrichtung an der Jagdschänken-

Freie Presse STEHSATZ

BSTU-AUSSENSTELLE

Einblick in ein Stasi-Archiv

BSTU-AUSSENSTELLE

Führung durch das Stasi-Archiv

HEUTE – Zum Rundgang durch das Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz wird heute um 17 Uhr in die Einrichtung an der Jagdschänkenstraße 52 in die fünfte Etage eingeladen. Bei

Vom Inhaftierten zum Gefängnisführer

Glastafeln erinnern an Schicksale im Kaßberg-Gefängnis

Senioren-Führung in Stasi-Unterlagen-Behörde

REICHENBRAND – Ein neues Angebot der Außenstelle Chemnitz der Stasi-Unterlagenbehörde richtet sich an Senioren. Heute findet eine erste

Museumsnacht: Zwei Stunden Anstehen am alten Gefängnis

Das würdevolle Gedenkdenken Am Hutholz - für Geschichtsbewusste ein Frage der Erinnerungskultur. Ja, des Umgangs mit der Deutschen Geschichte überhaupt. Anders als bei dem gegenwärtig herrschenden Zeitgeist, der sich nur den Abschnitten zuwendet, die ins eigene Geschichtsbild passen.

Frage der Erinnerungskultur

Jürgen Beyer; Vorsitzender Heimat- und Geschichtsverein Neukirchen/ Erzgeb. e.V.

Zum Gedenken der Opfer Am Hutholz

Jürgen Beyer begrüßte Mitglieder des Heimat- und Geschichtsvereins, Bürger aus Neukirchen und Chemnitz, die sich zur Ehrung der Opfer des Faschismus zusammengefunden hatten.
Besonders begrüßte er Herrn Nico Brünler, Mitglied des Sächsischen Landtags, Raimund Brete Vorstandsmitglied der VVN- BdA Chemnitz, den Neukirchener Bürgermeister Sascha Thamm und den Vertreter des Vereins für Orts- und Heimatgeschichte Adorf, Herrn Wilmar Seifert

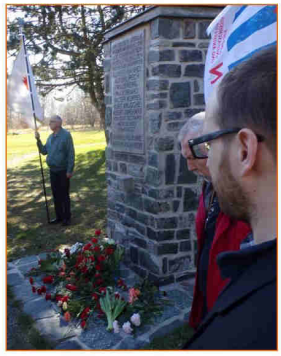
"Ich bin froh, dass wir unser Denkmal heute nicht in dem Zustand wie vor einem Jahr vorgefunden haben, als es mit Teer besudelt war. Allerdings wurde es in der Nacht zum 9. November im vergangenen Jahr erneut geschändet. Die Gemeinde Neukirchen musste für die beiden Reinigungen ca. 3000 Euro aufbringen, Geld was man mit Sicherheit besser hätte verwenden können.

Der Heimat- und Geschichtsverein sieht sich hier in der Pflicht, auch diesen Teil der Geschichte gegen das Vergessen zu bewahren. Viele Jahre wurde diese Ehrung durch die Familie Schmidt organisiert, sie aber im vergangen Jahr den Staffelstab in jüngere Hände übergeben wollte. Ich möchte mich hier bei Steffi Weibrecht bedanken, in deren Hände die Organisation dieser Feier lag.

Wir gedenken heute der vor 72 Jahren an dieser Stelle ermordeten Widerstandskämpfer.
Gleichzeitig möchten wir diese Veranstaltung auch zum Gedenken an die 12 Kriegsgefangenen nutzen, die an gleicher Stelle ermordet und hier verscharrt wurden. Seit ihrer Umbettung im Sommer 1945 finden sich ihr Grab und ihr Gedenkstein auf dem Neukirchener Friedhof.

Mir ist diese Ehrung ein persönliches Herzensbedürfnis, war doch mein Großvater als aktiver Sozialdemokrat zweimal für insgesamt zwei Jahre im KZ Sachsenburg eingekerkert. Ich möchte mich auch deshalb gegen die heute stattfindende Verharmlosung dieser Verbrechen wenden. Nur das Wachhalten der Erinnerung an Krieg und Verbrechen kann verhindern, dass unsere Gesellschaft erneut in eine menschenverachtende rechte Diktatur abgleitet."

Nico Brünler, Mitglied des Sächsischen Landtags



Aus diesem Erinnern ergibt sich ein Vermächtnis und eine Verpflichtung

"Im März 1945 war der von Deutschland in die Welt getragene Krieg längst an seinem Ausgangspunkt angekommen.
Die Rote Armee stand kurz vor Berlin. Mit der Schlacht um die Seelower Höhen wurde die letzte Hauptverteidigungsstellung der Wehrmacht vor den Toren der Reichshauptstadt von den Rotarmisten zerschlagen. Im Westen standen amerikanische Truppen am Rhein und setzten an diesen zu überqueren.

Der Fall des von den Nazis selbst so genannten Tausendjährigen Reiches schien greifbar.
Und dennoch waren die Gegner des Regimes noch längst nicht vor ihren Verfolgern sicher.
Bis zuletzt mordeten die Nationalsozialisten.
Sei es aus Glaube am Endsieg, der erreichbar sei wenn man nur fanatisch genug durchhalte; sei es – das Ende vor Augen – aus dem Versuch heraus Spuren zu verwischen oder aber der Wille noch möglichst viele Widerstandskämpfer und Gegner der Nazis mit in den Abgrund zu reißen, oder sei es einfach nur der Wille noch möglichst viele Widerstandskämpfer und Gegner der Nazis mit in den Abgrund zu reißen.
Eine dieser Taten, hat sich heute vor 72 Jahren, an dieser Stelle ereignet.Nur sechs Wochen vor Kriegsende wurden die sieben Antifaschisten Max Brand, Albert Hähnel, Albert Junghans, Walter Klippel, Kurt Krusche, Alfons Pech und Willy Reinl hier ermordet. m Rahmen der „Aktion Gitter“ waren bis Anfang 1945 im Gestapobezirk

Chemnitz rund 100 Gegner des Nationalsozialismus in Haft.
Sie waren größtenteils im Gefängnis auf dem Kaßberg interniert. Als Angloamerikanische Bomberverbände am 5. und 6. März 1945 Werks- und Verkehrsanlagen und das Stadtzentrum des wichtigen Industrie- und Rüstungszentrums Chemnitz angriffen, wurde auch ein Flügel des Gefängnisses getroffen...
Nach der schnellstmöglichen Reorganisierung

der Gestapodienststelle nahm diese bald nach den Luftangriffen ihre Tätigkeit wieder voll auf und begann mit Unterstützung der Chemnitzer Polizei die Suche nach den Entwichenen.
Im Falle des Untertauchens wurde Sippenhaft für die gesamte Familie angedroht. Bei freiwilliger Rückmeldung wurde Straffreiheit zugesagt.
Das dieses Versprechen von Anbeginn eine Lüge war, wird aus dem schriftlich erteilten Befehl des Verantwortliche für Hochverratsdelikte in der Chemnitzer Gestapo, Kommissar Wackerrow deutlich, der bereits Mitte März dazu aufforderte als „rückfällig“ geltende Häftlinge unabhängig von ihrem Wohlverhalten auszusondern.
Letztlich währte die Freiheit für die meisten nur kurz und es wagten nur wenige der vorübergehend frei gekommenen Häftlinge die Stadt tatsächlich zu verlassen.
So meldete sich auch der dann hier an dieser Stelle ermordete Kommunist Albert Hähnel nach den Löscharbeiten in der eigenen Wohnung und Hilfe im Wohngebiet freiwillig wieder bei den Behörden. Bis zum 26. März waren 14 der politischen Untersuchungshäftlinge wieder gefasst. Sieben von Ihnen wurden gemäß Befehl ausgesondert.
Diese Sieben wurden am Nachmittag des 27. März in Handschellen gefesselt vom Hof des Chemnitzer Polizeigefängnisses mit dem LKW zur unteren Schule in Neukirchen verbracht. Hier befand sich inzwischen das Ausweichquartier der Chemnitzer Gestapo, nachdem deren Hauptquartier während der alliierten Luftschläge Anfang März in Chemnitz zerstört wurde.
In Neukirchen wartete bereits ein mit der Exekution der Gefangenen beauftragtes Sonderkommando.
Gegen 19.00 Uhr am 27. März wurden sie hierher an den Hutholz gebracht. Drei der Gefangenen mussten eine bereits bestehende Erdgrube vertiefen, in die sich anschließend alle mit dem Gesicht zum Boden legen mussten. Mittels Maschinenpistolen und nachfolgenden Fangschüssen wurden die sieben Gefangenen ermordet und sofort an Ort und Stelle verscharrt.
Bereits wenige Tage später wurden den Angehörigen Sterbeurkunden ausgehändigt,

mit der Mitteilung, dass die Gefangenen auf der Flucht erschossen worden wären, genauere Umstände zum Tode jedoch nicht bekannt und ermittelbar seien.
Um die Spuren vollständig zu verwischen wurden die Leichen jedoch bereits Anfang April wieder exhumiert und gemeinsam mit anderen Leichnamen in einem Lastwagen der Deutschen Post zur Feuerbestattungsstätte nach Werdau verbracht.
Dort wurden sie am 7. und 8. April eingeäschert und in einem Massengrab beigesetzt.
Die Beteiligten SS- und Gestapo- Beamten flohen nach dem Krieg in die Westzonen und wurden bis auf einen juristisch nie für ihre Taten belangt.
Lediglich der an der Exekution beteiligte Gestapo-Kommissar Erich Obst geriet in sowjetische Gefangenschaft und wurde vom Militärtribunal zu 25 Jahren Haft verurteilt, die er jedoch nicht komplett absitzen musste.

Wenn wir uns heute hier zusammen gefunden haben, dann gedenken wir nicht nur des Schicksals der sieben hier Ermordeten. Es gilt auch deren Vermächtnis wach zu halten. Dass wir dabei nicht nachlassen dürfen zeigen auch die aktuellen Geschehnisse in der Region Chemnitz.

So zeigt das sich selbst so bezeichnende Rechte Plenum hier seit zwei Jahren gezielt Präsenz: straff organisierte Nazistrukturen, die sich gezielt und konzentriert auf dem Chemnitzer Sonnenberg ansiedelten und versuchen, die Stimmung hier zu dominieren und zu beeinflussen.
Neben nächtlichen Anschlägen auf Linke Büros oder Angriffen auf missliebige Kultureinrichtungen noch während Gäste anwesend waren gehören dazu alltägliche gewalttätigen Übergriffen auf andere Menschen.

Auch im Internet ist die Gruppe mit Stärke demonstrierenden Werbevideos präsent und versucht gezielt den öffentlichen Raum zu erobern.
Im Rahmen des planmäßigen Vorgehens gehören dazu auch der langfristige Erwerb von Häusern und sichtbare rechte Schmierereien im Alltag. Ziel ist es, einen rechten Stadtteil zu etablieren, in dem für Menschen die nicht in das völkisch-rassistische Weltbild passen, kein Platz mehr ist. Wie sicher sie sich dabei fühlen zeigt auch, dass es trotz Polizeipräsenz Farbanschläge und versuchte gewalttätige Übergriffe auf die am 5. März von rund 500 meist jungen Menschen durchgeführte antifaschistische Demonstration über den Sonnenberg gab.
Doch auch wenn sich das Problem aktuell in diesem Gebiet zu konzentrieren scheint, so handelt es sich dennoch keineswegs um ein „Sonnenberg-Problem“.
Auch in anderen Chemnitzer Stadtteilen und im Umland gibt es längst etablierte Nazi-Strukturen. Das reicht vom (bereits wiederholt vom Staatsschutz durchsuchten) Schulungs- und Veranstaltungszentrum in Markersdorf über Ladengeschäfte am Brühl bis zu bundesweit agierenden Versandhändlern für Nazidevotionalien und– Musik jeder Art.
Ebenso hatte der NSU seine Kontakte und Rückzugsmöglichkeiten auch hier in der Region.

Die von mir geschilderten aktuellen Geschehnisse scheinen zeitlich weit weg von den Verbrechen, die sich hier an dieser Stelle vor 72 Jahren zugetragen haben.
Und dennoch entspringen sie dem gleichen Geiste.
Unsere moralische Pflicht erfüllt sich nicht nur im Erinnern an die Opfer der Vergangenheit.Aus diesem Erinnern ergibt sich ein Vermächtnis und einer Verpflichtung gegenüber der hier Ermordeten.
Stoppen wir die Täter von heute, die sich noch immer auf die Ideen des Nationalsozialismus berufen.

Tun wir gemeinsam alles in unserer Kraft stehende, dass diese menschenverachtende Ideologie keine Zukunft hat."

***

Tun wir gemeinsam alles in unserer Kraft stehende - das bleibt unsere Forderung. Wollen alle?

"Gleichbehandlung" ? wie vom Kaßberg-Gefängnisverein und den Protagonisten der BStU wieder und wieder gepriesenen - nicht mal das! - Wie von Nachkommen und Angehörigen von Opfern des Naziregimes befürchtet.

Dass sich Parteien und Vereine viel Mühe geben, ihre Gegenwart durch den Verweis auf die Vergangenheit zu begründen, stimmt. Dass man sich dabei gern die Teile der Geschichte heraussucht, die sich möglichst nahtlos und widerspruchsfrei ans Heute anfügt auch.

Fragt nur danach

Aus einem ANGEMERKT-Interview 2013 mit Dieter Skiba:

Gerade auch in Chemnitz/Karl-Marx-Stadt hatte sich nach 1945 eine Vielzahl von Naziverbrechern vor Gericht zu verantworten. Das betraf sowohl solche, die im Territorialbereich als Täter bekannt und mit individuellen Tatbeiträgen (Jagd auf Antifaschisten, Juden, kriegsmüde Soldaten, abgeschossene Flieger, entflohene Häftlinge etc.) beteiligt gewesen sind, aber auch solche, die in der Anonymität von Gruppen an Massenmorden und anderen Kriegsverbrechen / Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den zeitweilig okkupierten Gebieten tatbeteiligt waren und erst im Zuge langjähriger Ermittlungen seitens des MfS enttarnt, überführt und vor Gericht gebracht werden konnten.

● Welche Rolle spielte dabei die spätere U- Haftanstalt des MfS?

Nicht wenige von denen saßen auch in der Untersuchungshaftanstalt des MfS am Kaßberg ein.
Dazu gehörten u.a. auch diejenigen, die in der unter Federführung von Professor Dr. C.F Rüter von der Universität Amsterdam erarbeiteten und 2002 veröffentlichten Dokumentation „DDR-Justiz und NS-Verbrechen – Sammlung ostdeutscher Strafurteile genannt werden.

Könnte wohl auch eine Quelle für die heute "heilige" BStU mit ihren "Opferakten" sein?

Und das um so mehr, weil alle unsere Dossiers, Vorgänge und Ermittlungsakten, sonstige Archivalien sowie die dazu gehörigen Karteien und Findhilfsmittel nach 1990 von der nach dem heutigen Bundespräsidenten benannten „Gauckbehörde“ vereinnahmt wurden und wie „Beutegut“ behandelt werden. Sie sind auch mehr als zwei Jahrzehnte nach dem „Anschluss“ der DDR an die BRD dem öffentlichen Zugang weitestgehend entzogen und werden den Kilometern von „Opferakten“ zugerechnet.

Foto nd/Ulli Winkler

Was zur Wahrheit gehört

Den Organisatoren und Veranstalter solch groß angelegten Politveranstaltungen gegen den Antifaschismus der DDR wie der am 27.4. in Chemnitz passt das vermutlich nicht. Veranstalter BStU, Politzentralen ua. hatten sie, um ihr Ziel, die DDR zu treffen, mit der stigmatisierenden Überschrift versehenen "Wer Nazi war, bestimmen wir".

Das gegenwärtige herrschende Geschichtsbild sollte gepriesen werden. Richtige wäre zu formulieren: “Wer oder Was in unser Geschichtsbild passt, bestimmen wir allein entsprechend unserem politischen Auftrag”.

Ein Antifaschist: Was von der BStU-Veranstaltung in Chemnitz “Wer Nazi war, bestimmen wir” zu erwarten ist, macht schon ein Blick auf einige der Akteure deutlich, die seit Jahren als ausgewiesene DDR- und “Stasi”-Hasser mit ihren Angriffen gegen unser antifaschistisches Handeln sowie mit ihren Geschichtslügen und Verleumdungen hinlänglich bekannt sind. Ich will nicht unnötig polemisieren, aber dass dem Umgang mit diesem schwärzesten Kapitel der deutschen Geschichte nicht der Stellenwert eingeräumt wird, den er unabhängig von politischen oder weltanschaulichen Standpunkten der Protagonisten oder der Bewertung anderer Ereignisse übergreifend zwingend verdient, das scheint doch allzu offensichtlich.
Insgesamt wünschte man sich mitunter wenigstens einen Teil des Eifers, mit dem die DDR-Vergangenheit beinahe täglich medial „bewältigt“ wird, auch für den Umgang mit dem faschistischen Erbe. Schon der Begriff „Zweite deutsche Diktatur“ ist nicht nur die schwer

erträgliche Gleichsetzung eines Landes, das keine Völkermorde begangen und dessen Armee niemals die eigenen Grenzen überschritten hat, mit dem faschistischen Deutschland, sondern auch eine Beleidigung der Opfer des Nationalsozialismus.

Lammert: Hysterie wird zum Standard

Knapp vier Monate nach dem 3. Oktober hat der Bundestagspräsident seine nächste Rede in Dresden gehalten – mit deutlichen Botschaften.

VON TINO MORITZ

Frank Richter
Theologe

FOTO: ARNO BURGI/DPA

Norbert Lammert
Bundestagspräsident

FOTO: BERND VON JUTRCZENKA/DPA

net, sagt Lammert bei seiner Rückkehr nach Dresden am Dienstagabend auf Einladung des Ex-Chefs der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter.

sondern auch „Vertreter des etablierten Systems". Lammert spricht von einem „Unterbietungswettbewerb, bei dem dann nur noch die schrillsten und dümmsten Rufe öffentlich

kurrenz-Reflex" der Parteien und ihrer „Konsens- und Kompromissfähigkeit". In kaum einem anderen Land Europas wäre es gelungen, zu hochkomplexen, unpopulären Themen wie Griechenland-Hilfe oder Flüchtlingspolitik über die „ohnehin schon viel zu große Große Koalition" noch weiter hinausgehende parlamentarische Mehrheiten zu erhalten. Der hohe Preis für diese „Errungenschaft der deutschen Demokratie" sei allerdings, dass sich viele

FP 2.2.2017

Wenn Hysterie zum Standard wird

Der 68-Jährige Bundestagspräsident Norbert Lammert verweigert seit Jahren die Teilnahme an Fernseh-Talkshows und nennt es einen seiner „großen Triumphe", inzwischen nicht mal mehr angefragt zu werden. Auch Zeitungsinterviews gebe er nicht so gern, weil selbst dort „das Vermitteln differenzierter Auskünfte zu komplizierten Fragen" nicht mehr möglich sei: „Die Hysterie wird zum Standard der Kommunikation." Eine Ursache sieht er im Konkurrenzdruck auch durch moderne Medien.

ALLE GEMEINSAM, ALLES?
Auf wen kann gezählt werden? Wer ergeht sich nur in Sonntagsreden?

Es gäbe gerade in Sachsen beim Umgang mit der jüngsten Geschichte genug zu tun. Für Politik und Gesellschaft, für Medien.
Ja, alle Kraft wird gebraucht! Wenn aber die Deutungshoheit über Antifaschisten in den Händen eines Vereins und einer Aktenbehörde liegt? Wenn keine Zeit für rationale Diskussion bleibt, wenn nur gilt, was ins Schema passt?
Beim Medienjubel werden solche Fragen wohlweißlich übergangen.

Wer draußen bleiben soll
Aus der Satzung des Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg- Gefängnis

§ 12 Erklärung über die Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR
1. Die Übernahme von Ämtern oder Aufgaben im Verein und eine frühere Tätigkeit für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit oder für ähnliche Organisationen in Deutschland oder in anderen Staaten oder die gegenwärtige Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation schließen sich aus.

Dort möchte man unter sich sein. **"Leute, die sich immer nur unter Ihresgleichen aufhalten, neigen dazu, die eigenen Moden und Ansichten für die einzige realen und möglichen zu halten."**
Und bekanntlich kennen Fanatiker nur Parteigänger oder Todfeinde.

Hysterie - Wo trifft das wohl mehr zu als bei der Vermittlung der DDR-Geschichte?

Beispiel. Die **in der SPD- Landtagsfraktion Sachsen für Kultur der Erinnerungspolitik zuständige** Frau Hanka Kliese (Jahrgang 1980).
Letzt bei einer Festveranstaltung in Dresden. in Erinnerung ihre Sätze ***»Mit dem Ende der DDR endete ein Regime, das seinen Bürgern die Kinder wegnahm und sie sogar gegen Devisen in den Westen verkaufte....***
Das es all dies nicht mehr gibt, ist ein Grund zum Feiern. Deswegen verbringe ich das Festwochenende genau mit den Menschen, die zu DDR- Zeiten politische Häftlinge waren und solches durchleiden mussten, denn ihnen verdanke ich die Freiheit in der ich heute lebe.«

Einen der jungen Frau Abgeordnete im Dezember 2016 offiziell übergebenen Offenen Brief war ihr bisher nicht mal eine Eingangsbestätigung wert.

ANGEMERKT
Meinungen zur Zeit & Geschichte

Freundeskreis Neue Zeit Geschichte:
OFFENER BRIEF zur Erinnerungskultur
Soll man den Tränen der Frau Kliese glauben?
Frau Kliese (Jahrgang 1980), hat sich bei den Feierlichkeiten am 3. Oktober 2016 in Dresden, als auch für Erinnerungskultur zuständige Sprecherin der SPD- Fraktion im Sächsischen Landtag in die Öffentlichkeit gestellt. - Anti- DDR zu sein, gehört hierzulande oft schon zum normalen Ton. Aber die junge Frau hat da auch ihre neuen Wende- Helden ausgemacht.

OFFENER BRIEF
zur Erinnerungskultur der Sprecherin der SPD- Fraktion
Frau Hanka Kliese im Sächsischen Landtag

Wer sich in die Öffentlichkeit stellt, muss damit rechnen, dass er gesehen wird. - So

Darin hieß es ua.: Als "Erinnerungspolitischen Sprecherin der SPD" werden Sie, Frau Kliese,

im sog. Sachsenmonitor ebenfalls wie andere Antifaschisten eine Eskalation des rechten politischen Spektrums zur Kenntnis genommen haben. "Vor allem junge Leute sind unkritisch gegenüber dem Nationalsozialismus" war in der Freien Presse (23.11.16) zu lesen.
Es mag verschiedene Ursachen hierfür geben. Eine ist auf seit Jahren anhaltende erinnerungspolitische Schieflage in Sachsen zurückzuführen. Der Schwerpunkt war immer die DDR (und wird es nach den jüngsten Beschlüssen (die Sie gemeinsam mit der Sachsen-CDU und mit GRÜNEN gefasst haben) zur Rolle der Aktenbehörde BStU bis in alle Ewigkeit bleiben?

Rechtspopulisten und eine Völkische Szene haben sich in Sachen etabliert. Obwohl es also allen Grund gäbe, alle gutwilligen Demokraten bei der offensiven Auseinandersetzung damit einzubeziehen, und sich auch mit dem Versagen des Staates und großer Teile der Gesellschaft in dieser Frage zu beschäftigen, steht die Endlos-Abrechnung mit der DDR weiter im Vordergrund.
Bewahre uns vor der Kultur solcher Kulturpolitischen Politiker!

******

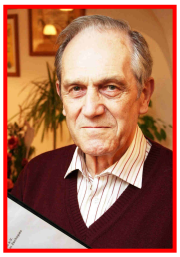
Lesen Sie nur mal das eigene Blatt!

Gedanken, die ständig zusammengedacht werden, aktivieren sich gegenseitig. Stereotype müssen uns nur lange genug vergegenwärtigt werden, dann werden sie sich irgendwann bei einem entsprechenden Reiz gedanklich gleichsam wie von selber einstellen.
Jens Förster, Psychologe
in Freie Presse 10.8.12

...und wie weiter?

Die Festveranstaltung 70 Jahre VVN-BdA e.V. Sachsen stand unter diesen Leitgedanken:

Woher wir kommen - wo wir stehen - wohin wir gehen - Der Schwur von Buchenwald aktueller denn je



Bei der Veranstaltung am 12. März 2017 in Chemnitz wurden auch Dr. Hans Brenner, Zschopau und Dietmar Wendler, Chemnitz gewürdigt. Die Antifaschisten forschen seit vielen Jahren mit weiteren Historikern der Stadt zu den KZ Außenlagern.
Dr. Hans Brenner und Dietmar Wendler haben die Ergebnisse zum Außenlager Astra-Werke AG öffentlich vorgestellt.

Die Astra-Betriebsführung und der Aufsichtsrat der Astra AG waren vorbildliche Stützen bei der Durchsetzung der Ziele der deutschen Faschisten. 1921 erfolgte die Firmengründung der Astra Werke mit dem Ziel, in Deutschland eine Rechenmaschine mit Zehnertastatur auf den Markt zu bringen. Ab 1936 beteiligte sich der Betrieb am jährlichen „Leistungskampf der deutschen Betriebe“. Am 1. Mai 1944 erhielt die Astra-Werke die Auszeichnung als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“.

Erreicht wurde dieser Titel auch durch das Auspressen der Arbeitskräfte, Zwangs-, Ost- und Westarbeitern, Kriegsgefanger und von Häftlingen im Gefängnis Hohe Straße in Chemnitz, Zuchthaus Waldheim und bis Anfang 1944 auch in der JVA Hoheneck.

Bereits 1942 setzte die Direktion der Astra-Werke bis zu 82 polnische Juden für Montagearbeiten von Addiermaschinen im Warschauer Ghetto ein. Die ausländische Belegschaft betrug Ende 1944 in der Astra-

Werke AG 1125 Personen. Im Geschäftsjahr 1943/44 wurde ein Reingewinn von 783.328,98 RM erzielt.
Über 500 Frauen mussten 1944/45 im Außenlager des KZ Flossenbürg für die Rüstungswirtschaft der Nazis schuften. Der Betrieb erhielt nur die Häftlingsnummern und das Geburtsdatum - keine Namen.

Am 24. Oktober 1944 traf ein Transport weiblicher Häftlinge aus dem KZ Auschwitz ein. Die Frauen wurden im geschlossenen Einsatz in zwei Schichten, 12 Stunden pro Schicht, zur Arbeit gezwungen.
Arbeitskleidung, Decken, Essgeschirr sowie Essen waren durch die Astra-Werke zu stellen. Es gab keinen Lohn, aber Astra musste ein Entgelt von 4,- RM für das Tagwerk unter Abzug der Verpflegung von 0,70 RM pro Häftling an das KZ Flossenbürg abführen. Die Unterbringung erfolgte im 5. Stock des Werkes I auf dreistöckigen Holzpritschen, Strohsäcken ohne Bettzeug. Minderwertige Essensrationen, schlechte hygienische Bedingungen, Kälte und Bestrafungen durch die SS gehörten zum Tagesablauf. Strafen bestanden aus Schlägen oder Essensentzug - meist wegen mangelnder Arbeitsleistung.

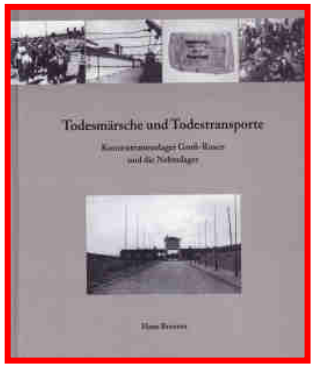
Astra Werk I **Astra Werk II**

Nach dem Bombenangriff auf Chemnitz am 5. März 1945 gab es für Tage kein Essen! Hunger, Kälte und Krankheiten sowie Tote durch Unterernährung waren Folgen der menschenunwürdigen Verhältnisse.

Unter der Belegschaft gab es in den Werken I und II Menschen, die den Zwangsarbeitern unterschiedlichste Unterstützung gaben. Davon zeugen viele Betriebsstrafen, Auslieferungen an die Gestapo, Gerichtsurteile und Todesstrafen. In der Nacht vom 12. zum 13. April 1945 marschierten die Frauen unter strenger Bewachung zum Güterbahnhof Hilbersdorf durch Chemnitz. Am 14. April 1945 fuhren die KZ-Häftlinge in vollkommen verschlossenen Güterwagen nach Leitmeritz (Litoměřice). Es gab weder Sitzgelegenheiten noch Stroh. Sie waren so eng eingepfercht, dass sie sich während der ganzen Fahrt nicht legen konnten.

Dr. Hans Brenner
Die »Todesmärsche« der jüdischen Frauen aus dem KZ Groß-Rosen
Kaum jemand leistete Hilfe

Von Peter Giersich



Hans Brenner: Todesmärsche und Todestransporte / Konzentrationslager Groß-Rosen und die Nebenlager; Verlag Klaus Gumnior Chemnitz 2014

Im Frühjahr 1945 bewegten sich zahlreiche Häftlingskolonnen zu Fuß und per Bahn durch den immer kleiner werdenden Herrschaftsbereich der deutschen Faschisten. Ihre Wege waren gesäumt von Leichen: erschossen, erfroren, verhungert. Nur ein geringer Teil der deutschen Bevölkerung zeigte Mitleid mit diesen leidgeprüften Menschen, und noch weniger leisteten ihnen Hilfe.
Dr. Hans Brenner aus Zschopau (Erzgebirge) forscht seit vielen Jahren zur Ausbeutung jüdischer Zwangsarbeiter durch die deutsche Rüstungswirtschaft und die Todesmärsche in den letzten Kriegsmonaten. Zum 70. Jahrestag der Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus ist sein neues Buch ein beeindruckender, wertvoller Beitrag gegen das Vergessen.
Das vorliegende Buch »Todesmärsche und Todestransporte …« basiert auf jahrelanger mühsamer und akribischer Forschungsarbeit und bezieht sich auf die vom KZ Groß-Rosen (heute Rogoźnica in Polen, südlich von Legnica – Jawor) ausgehenden Transporte jüdischer Häftlingsfrauen, welche als billige Arbeitssklaven unter unmenschlichen Bedingungen in der Rüstungsindustrie schuften mussten und nun, da sich die Rote Armee kämpfend den deutschen Reichsgrenzen näherte und diese überschritt, ins Innere des Landes getrieben wurden.
Brenner hat unzählige Stunden in deutschen, tschechischen, polnischen Archiven studiert, mit vielen Überlebenden dieser grausamen Vorgänge gesprochen, Korrespondenzen mit Einrichtungen in Israel – vor allem mit der Gedenkstätte Yad Vashem – und Wissenschaftlern in vielen Ländern geführt. Entstanden ist ein Werk, das

allen wissenschaftlichen Kriterien entspricht und doch ein eindrucksvolles, ergreifendes Bild jener Ereignisse zeichnet, das dem Leser zu Herzen geht.
Das Buch ist klar gegliedert und schildert detailliert die Evakuierung der Insassen von 16 Außenlagern des Stammlagers Groß-Rosen. Dabei werden sowohl Archivalien zitiert, als auch schon erschienene Publikationen zu Rate gezogen. Dass auch zahlreiche Opfer der Todesmärsche zu Wort kommen, verleiht dem Buch ein besonders Gewicht und macht es zu einem emotional anregenden Leseerlebnis. Namen von Opfern werden ebenso genannt wie die Namen der Henker, die Namen der Nutznießer der Sklaverei erscheinen im Klartext wie auch die Bezeichnung der Orte des Grauens und der »Einsatzbetriebe«.
Eingeleitet wird das Buch durch eine Darstellung des Systems der Außenlager für Frauen des KZ Groß-Rosen. »Ein Großteil der Häftlinge des Lagerkomplexes Groß-Rosen, rund 26.000,

waren fast ausschließlich jüdische Frauen und Mädchen aus vielen europäischen Ländern, die zur Zwangsarbeit … in 45 Außenlagern hinter Stacheldraht eingesperrt isoliert gehalten wurden.« Die Todesmärsche der Außenlager des KZ Groß-Rosen ist eines der Kapitel der Shoah,

weil sie vor allem eine große Zahl jüdischer Menschen betrafen, welche noch vom Mai 1944 an aus Ungarn, Italien, Frankreich und Polen der »Endlösung« zugeführt wurden. Ein bedeutender Teil der Todesmärsche von Groß-Rosen endete in Bergen-Belsen, wo noch zahlreiche Häftlinge vor und nach der Befreiung durch englische Soldaten durch Hunger, Krankheit oder Erschöpfung ums Leben kamen. **Die Marschkolonnen gingen an helllichten Tagen durch Dörfer und Städte. Man konnte sie sehen und hören. Die abgemagerten, verhärmten, in Lumpen gekleideten Gestalten lagerten in Scheunen, in Fabrikhallen oder auf kahlem Felde, die Zurückgebliebenen – Erschossenen, Verhungerten, Erfrorenen – lagen an den Straßenrändern. Fragen an das Verhalten der Deutschen drängen sich auf. Durch die zahlreich zitierten Berichte Betroffener erlangt das Buch eine erdrückende Authentizität. Ellen Bohr aus Hamburg – damals 15 Jahre alt – schilderte ihre Beobachtung eines Todesmarsches durch Reichenberg (Liberec): »Wir konnten die Straße nicht überqueren, weil sich dort viele Menschen angesammelt hatten. Und dann sahen wir etwas, das es gar nicht geben konnte, und was wie ein schwerer Albtraum mich buchstäblich erstarren ließ: Auf einem riesigen Leiterwagen … waren unzählige Bündel gehäuft. Um den Wagen herum schoben und zogen, wie Pferde in die Deichsel gespannt, ausgemergelte, fast unmenschlich aussehende Frauen und Mädchen jeden Alters, in Lumpen gekleidet, dieses überdimensionale Fuhrwerk die hüglige Straße aufwärts. … Was mich mehr noch als alles andere schockierte, war die Tatsache, dass ich vor mir Mädchen sah, die so alt wie ich sein mussten, die aber einfach nicht in mein bis dahin so behütetes Leben passten. Unwirklicheres hatte ich in meinen schlimmsten Träumen nicht gesehen. Auch Frauen in SS-Uniform hatte ich nie vorher gesehen. Dass sie … rechts und links auf Pferden neben dem Wagen ritten und schamlos vor allen Passanten … auf die Frauen einpeitschten, war nur noch ein anderes entsetzliches Detail.«**

Ein umfangreiches Quellenverzeichnis und zahlreiche Landkarten zu den zurückgelegten Wegen der Gequälten sowie ein Ortsregister mit den damaligen und heutigen Ortsnamen vervollständigt den Anspruch als wissenschaftlich fundiertes Werk, das nicht nur Historikern, sondern darüber hinaus geschichtlich Interessierten zu empfehlen ist.

Zur Sache
ANGEMERKT

Deutschlandfunk 20.2.2017 Kalenderblatt
Von Volker Ullrich

Mit dem Scheitern des Blitzkriegs gegen die Sowjetunion und der Kriegswende 1941/42 stieg der Arbeitskräftebedarf in der deutschen Rüstungsindustrie dramatisch. Sowjetische Kriegsgefangene wurden zur Zwangsarbeit herangezogen und dabei brutal und menschenverachtend behandelt.
Im Zweiten Weltkrieg wurde der riesige Kosmos der Zwangsarbeit zu einem festen Bestandteil des deutschen Alltagslebens. Jede Großstadt war mit einem Netz von Lagern und Unterkünften überzogen. Bereits im Sommer 1941 hatten im Deutschen Reich rund drei Millionen Ausländer, vorwiegend in der Landwirtschaft, gearbeitet, darunter 1,2 Millionen französische Kriegsgefangene und 700.000 polnische Zivilarbeiter. Mit dem Scheitern des Blitzkriegs gegen die Sowjetunion und der Kriegswende 1941/42 stieg der Bedarf an Arbeitskräften in der deutschen Rüstungsindustrie dramatisch an.

Zwangsarbeiter in einer Munitionsfabrik in der Nähe des KZ Dachau. (AP Archiv)

Jetzt bewilligte auch Hitler, was er zuvor aus ideologischen Gründen untersagt hatte: Die Beschäftigung sowjetischer Kriegsgefangener, von denen man allerdings den größten Teil bis Ende 1941 hatte verhungern lassen.

Am 20. Februar 1942 erließ der Reichsführer SS Heinrich Himmler Vorschriften über den "Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten". Durch sie

wurden die sogenannten Ostarbeiter wie schon zuvor die Polen einer umfassenden Diskriminierung und sozialen Kontrolle unterworfen. Sie mussten ein besonderes Kennzeichen – das Ost-Abzeichen – tragen, wurden in isolierten, mit Stacheldraht umzäunten Barackenlagern untergebracht.
Anwerbetrupps machten Jagd auf Zivilisten
Unter dem Kommando von Fritz Sauckel, dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, organisierten Anwerbetrupps in den besetzten sowjetischen Gebieten regelrechte Jagden auf Zivilisten:
"Man fängt jetzt Menschen, wie die Schinder früher Hunde gefangen haben", klagte ein ukrainischer Bauer im Herbst 1942.
Insgesamt stieg die Zahl der ausländischen Zwangsarbeiter aus fast 20 europäischen Ländern bis Herbst 1944 auf 7,6 Millionen.
Die größte Gruppe bildeten die 2,8 Millionen "Ostarbeiter", gefolgt von 1,7 Millionen Polen. Jeder vierte in Industrie und Landwirtschaft Beschäftigte stammte aus dem Ausland, in manchen Rüstungsbetrieben lag ihr Anteil zwischen 70 und 80 Prozent.
Erst nach dem Schock der Stalingrad-Niederlage 1943 wurden die Verpflegungssätze ein wenig angehoben – nicht aus humanitären Gründen, sondern allein unter dem Gesichtspunkt des kriegswirtschaftlichen Nutzens. Denn mit halb verhungerten Menschen ließ sich die Kriegsproduktion nicht steigern, wie selbst der Scharfmacher Goebbels erkannte: "Wir dürfen sie nicht wie Sklaven ansehen oder behandeln, sondern müssen ihnen eine Behandlung zuteil werden lassen, die ihnen den Aufenthalt im Reichsgebiet nicht zur Hölle macht."
Auch bei manchen Unternehmen begann gegen Kriegsende die Einsicht zu dämmern, dass es für die Zeit nach dem Ende der NS-Herrschaft vorteilhaft sein könnte, wenn man die eigenen Zwangsarbeiter nicht allzu schlecht behandelte.

Zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern gab es manche Zeichen versteckter Solidarität. Über die täglichen Kontakte im Betrieb hinaus zeigten freilich die meisten Deutschen am Schicksal der aus Osteuropa verschleppten Arbeitskräfte wenig Interesse – so wie sie auch das Schicksal der deportierten Juden gleichgültig gelassen hatte. Die Diskriminierung vor allem der Polen und der "Ostarbeiter" wurde als ein unveränderbares Faktum hingenommen. Der Rassismus war zur Gewohnheit, zur täglich erlebten und akzeptierten Praxis geworden. Und nur deshalb konnte der nationalsozialistische "Ausländereinsatz" überhaupt funktionieren. Zwischen sieben und elf Millionen Menschen aus der Sowjetunion wurden im Zweiten Weltkrieg in Deutschland zur Arbeit gezwungen. Nur rund zwei Millionen überlebten und kehrten zurück in die Sowjetunion. Viele der heute alten Leute leben in großer Armut und isoliert.

Prof. (UA) Dr. Dr. h.c. (RUS) Reinhold Gläß in der Festrede zum 70. Jahrestag der VVN Sachsen

Am allerschlimmsten, auch für mich

persönlich, der ich dieses Land und viele seiner Bewohner seit Jahrzehnten sehr gut kenne, ist aber die Politik gegenüber Rußland: Es handelt sich ja um nicht mehr und nicht weniger als um den legitimen Nachfolger desjenigen Landes, das den mit Abstand höchsten Blutzoll für die Befreiung Europas vom Faschismus erbracht und die mit Abstand schwersten Lasten in diesem Kampf getragen hat. Schon von daher ist aus meiner Sicht ein auf Dauer angelegtes besonderes Verhältnis zu Rußland von deutscher Seite begründet, das durch keinerlei tagespolitische Ereignisse und Entwicklungen erschüttert werden dürfte. ***Was wir aber derzeit erleben, ist nicht nur die aktive Beteiligung an der Verschärfung von Sanktionen – sogar gegen eigene wirtschaftliche Interessen -, sondern auch insgesamt an der Zuspitzung des Verhältnisses des Westens zu Rußland.*** *Ich verweise nur auf die aktuell stattfindende Verlegung deutscher Truppen nach Litauen. Unsere Bundeskanzlerin hielt es auch für opportun, zu den Feierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus mit einem Tag Verspätung anzureisen und bei ihrem Auftritt in Moskau zu einem solchen Anlass von der „verbrecherischen Annexion der Krim“ durch Rußland zu sprechen.*

ANGEMERKT wird herausgegeben vom Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz